

Erscheint wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfspaltige Zeitspalt 40 Pfg.
Für die Ortsvereine 10 Pfg.
Im Abonnement nach Vereinbarung.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement: Vierteljährlich 1.- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Belastungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/222.

27. FEB. 1914

Erscheint wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfspaltige Zeitspalt 40 Pfg.
Für die Ortsvereine 10 Pfg.
Im Abonnement nach Vereinbarung.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement: Vierteljährlich 1.- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Belastungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/222.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

№. 9

Berlin, den 27. Februar 1914

25. Jahrg.

Versprech - Amt
Rönigsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an W. Schumacher, Greifswalder Straße 221/222,
Geldsendungen an W. Zille, Greifswalder Straße 221/222, zu adressieren.

Versprech - Amt
Rönigsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Monopolbestrebungen auf dem Holz-, Kohlen- und Milchmarkt.
August Siedel als Ritter in der Not!
Nun die Wahl: Die Wahlen zu den Reichstagswahlen.
Ein Besuch englischer Arbeiter und Angehöriger.
Der Ausschuss des Verbandes deutscher Arbeiternachwächter.
Eine bössartige Verleumdung.
Aus der Praxis einer Versicherungsgesellschaft.
Keine Berufung im Kölner Gewerkschaftsprozess.
Feuilleton: Wie das Handwerk entstand.
Lohnbewegung.
Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.
Versammlungen des Ortsvereins Berlin.
Anzeigen.

Monopolbestrebungen auf dem Holz-, Kohlen- und Milchmarkt.

Vor kurzer Zeit ging die aufsehenerregende Meldung durch die Blätter, daß in den Dresdener Zigarettenfabriken Hausdurchsuchungen gehalten wurden, die eng im Zusammenhang mit den amerikanischen Erbkrisen standen.
Wer aufmerksam unsern Wirtschaftsmarkt verfolgt, wird finden, daß sich überall Monopolbestrebungen bemerkbar machen, die entweder auf Verteuerung der Lebensmittel oder der Rohmaterialien hinstellen.
Man muß dieser Bewegung die größte Aufmerksamkeit widmen, da derartige Bestrebungen einschneidende Wirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Haushalt hervorrufen können.
Ganz besonderes Interesse für uns Holzarbeiter verdient nachstehende Meldung.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat die Absicht, eine Zentralverkaufsstelle für Holz einzurichten.
Wie verlautet, werden sich die mitteldeutschen Handelskammern demnächst mit dieser Angelegenheit befassen.
Bisher hat bereits die Handelskammer in Koburg Stellung zu jenem Versuch genommen und beschlossen, im Interesse zahlreicher selbständiger Existenzen des Mittelstandes das Vorhaben der holländischen Landwirtschaftskammer zu bekämpfen.

Es ist sehr interessant, daß der weitere Schritt zur Monopolisierung des Holzhandels gerade jetzt unternommen wird, und es ist dankenswert, daß den Handelskammern hierdurch Gelegenheit gegeben wird, ihre Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Folgen auch für den Holzhandel und die Holzverarbeitung zu richten, die entstehen müßten, falls der dem Landtage vorgelegte Fideikommiss-Gesetzentwurf durchgeführt sollte.

Dieser Entwurf gestattet bekanntlich die fideikommissarische Bindung der Wälder ohne jede Einschränkung.
Schon heute befinden sich von sämtlichen Wäldern in Preußen nicht weniger als 13,8 Proz. in der Hand von zusammen 1277 Fideikommissbesitzern.
Der Anteil ist in den einzelnen Provinzen verschieden.
Abgesehen von den hochadeligen Ländern ist er mit 34,3 Proz. am höchsten in Schlesien, dann folgt Schleswig-Holstein mit 22 Proz., Westfalen mit 16,4 Proz., Brandenburg mit 13,5 Proz., Posen mit 13,2 Proz., Pommern mit 11,3 Proz. und Sachsen mit 9,8 Proz.

Wie jede Vergrößerung der Waldfläche der Fideikommission, so muß natürlich die Vergrößerung der Waldfläche der Fideikommission, insbesondere in Verbindung mit den Holzjollen, die wirtschaftliche Macht der Waldbesitzer gegenüber dem Holzhandel, der Holzverarbeitung und dem Holzverbrauch verschärfen und verstärken.
Die wirtschaftliche Stärkung des Kartells der Holzjollen — das ist ein Ziel der Fideikommissionbesitzer und ihres Anhangs, die in jedem Zuwachs zu ihrer Klasse einen natürlichen und dauernden Bundesgenossen erblicken.
Aber wir haben doch die Staatswaldungen — so sagt man.
Ja wohl! Haben wir nicht aber auch die staatlichen Kohlenbergwerke, und erleben wir nicht, daß der Staat sich dem Willen des Fideikommissbesitzers unterwirft, und daß die Kohlenpreise nirgends so hoch sind, wie in Deutschland?

Nachdem die rührige Landwirtschaftskammer zu Halle ihren Pfeil etwas zu früh aus dem Köcher genommen hat, wäre es im allgemeinen Interesse sehr zu wünschen, daß nicht nur die Handelskammern Mitteldeutschlands, sondern die Handelskammern Preußens überhaupt Stellung nehmen zu dem neuen Fideikommiss-Gesetzentwurf.
Die Fideikommiss-Waldbesitzer! Sie die Gewerke der

Holzverarbeitung, der notwendige Holzhandel, die Millionen der Holzverbraucher!

Das klare Ziel der deutschen Volkswirtschaft in Wahrnehmung der Interessen der Gesamtheit ist dies: so viel Waldungen als irgend möglich in der Hand des Staates und damit ein ausschlaggebender Einfluß der Staatswaldungen auf Handel, Holzbearbeitung und Holzverbrauch unter der ständigen Kontrolle der gesetzgebenden Körperschaften, selbstverständlich auch des Landtages; der ja nicht ewig eine Dreiklassenkammer bleiben wird!

Aber auch die Gefahren eines drohenden Braunkohlenmonopols sind groß.
Mit demselben beschäftigt sich eine stark besuchte Versammlung des Bundes deutscher Bodenreformer im Gürtsaal der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin.
Privatdozent Dr. Polenske suchte in längerer Ausführungen darzulegen, daß sich in der deutschen Braunkohlenproduktion ein ähnliches Privatmonopol vorbereite, wie es bei der Steinkohle schon besteht.
Der Umstand, daß in der letzten Zeit die Braunkohlen billiger geworden sind, beweise nichts gegen die Gefahr einer Monopolisierung.

Die bisherigen Braunkohlenproduzentenverbände, so führte der Vortragende aus, sind nur zusammengebrochen, weil ihre Organisation noch zu lückenhaft war.
Jetzt sind aber böhmische Braunkohlenkapitalisten eifrig an der Arbeit, sich der deutschen Braunkohlensätze zu bemächtigen.
Sie haben daran ein großes Interesse, weil die deutsche Braunkohle in Brecklform leichter verjähnsfähig ist und der böhmischen rohen Braunkohle Konkurrenz macht.
Die böhmischen Kapitalisten gehen in der Weise vor, daß sie sich der Majorität der Aktien eines Braunkohlenbergwerks bemächtigen, für Jahre hinaus den Verkauf der Produkte dieses Werks an sich reißen und dann dasselbe Manöver bei anderen Werken wiederholen.
Die hierbei in Betracht kommenden Hauptformen sind sich jetzt schon im Prinzip einig über die Gründung eines großen Erbkrisen, der nicht die ganze Produktion erwerben, sondern vor allem den ganzen Brecklhandel an sich reißen will.
Diese Pläne werden begünstigt durch das in Deutschland geltende Bergrecht, das tatsächlich eine Bergbauwillkür darstellt und es dem Besitzer der Bergbaurechtliche vollständig überläßt, ob und wieviel Kohlen er fördern will.
Wenn das drohende Syndikat zustande kommt, würde die Folge eine enorme Verteuerung der Braunkohle sein, die nicht nur Industrie, Verkehr und Gemeindeunternehmungen, sondern auch den Privathaushalt empfindlich treffen und schwere volkswirtschaftliche Schäden im Gefolge haben würde.
Schließlich droht auch Gefahr, daß das Braunkohlensyndikat sich mit dem Steinkohlensyndikat zusammenschließen und so in allen Brennstoffen weitere Preissteigerungen herbeiführen würde.

Bei der Besprechung der Abwehrmittel gegen diese Gefahr warnte der Redner vor einer Verstaatlichung der Braunkohlengruben, die leicht zu einer bürokratischen Erstarrung führen und auch zu teuer sein würde.
Auch die Wiederherstellung der alten staatlichen Berggewalt bekämpfte er als einen Rückfall in den absolutistischen Polizeistaat.
Eine vernünftige Lösung werde sich nur erreichen lassen durch Maßnahmen analog der Steuer auf den gemeinen Wert.
Soweit die Braunkohlenernte über den jetzigen Stand hinaus steigt, müßte sie weggesteuert werden, um den Werken das Interesse an einer weiteren Preissteigerung zu nehmen.
Dr. Polenske empfahl zum Schluß folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung hält es für die dringendste Aufgabe der deutschen Regierung und Volkswirtschaft, schärfend geeignete Maßnahmen gegen die Gefahr, zu treffen, die der deutschen Volkswirtschaft durch die drohende Monopolisierung des deutschen Braunkohlensyndikats bevorsteht.
Die deutsche Braunkohle ist bereits für weite Kreise der deutschen Industrie Rohstoff und Kraftquelle, sowie ein sehr wichtiger Heizstoff des mittleren und kleineren Haushaltes.
Sie wird für die Versorgung zahlreicher Städte, Nebenlandzentralen und Bahnen unentbehrlich.
Durch eine Monopolisierung des deutschen Brecklhandels wird die deutsche Braunkohle in derselben Weise künftig

verteuert werden, wie die Steinkohle und andere Brennstoffe.
Diese Gefahr hat ihre Wurzel in der Unvollkommenheit der deutschen Berggesetzgebung.
Sie kann dadurch vermieden werden, daß die deutsche Braunkohle unter ein Recht gestellt wird, das ihren Gebrauch als Rohstoff, Kraftquelle und Heizmittel befördert und jeden spekulativen Mißbrauch mit ihr ausschließt.“

Von seiten konservativer Abgeordneter ist auch bereits die Anregung zur Erhebung eines Gemüsezolls gegeben.
Jetzt wollen die märkischen Agrarier das wichtigste Nahrungsmittel, die Milch, verteuern, und es ist ein heftiger Kampf zwischen der „Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten“ (den Agrariern) und den Berliner Milchhändlern entbrannt.

Die märkischen Agrarier wollten ursprünglich den Berlinern den Milchpreis diktiert.
Die Milchhändler machten aber nicht mit, sondern setzten sich mit Großlieferanten in deutschen Provinzen und Dänemark in Verbindung, die ihnen ebenso gute Milch zu dem alten Preis lieferten.
Dadurch entstand bei der Interessengemeinschaft der große Milchüberschuß, der sie veranlaßte, die einzelnen Produzenten aufzufordern, weniger Milch zu halten oder den Tieren schlechteres Futter zu verabreichen, damit sie weniger Milch geben.

Die Agrarier mußten aber bald einsehen, daß auch diese Maßnahmen nicht zum Ziele führten, da die Milchhändler, auch straff organisiert, ihren Bedarf an Milch vollauf deckten.
Man griff daher zu anderen Mitteln, indem man die Milch zu Schleuderpreisen anbot, um die Milchhändler durch Konkurrenz kaputt zu machen.
So prangte denn bald an den Berliner Anschlagstulen folgendes Plakat:

„Beste Vollmilch, garantiert 3 Prozent Fettgehalt, für 15 Pfennig pro Liter ab Molkerei, Schildingstraße 12, „Interessengemeinschaft.“

Anstatt 24 und 26 Pfennig, die heute im Kleinhandel pro Liter Milch zu zahlen sind, wird hier also gute Ware für 15 Pfennig angeboten.
Sicher ist, daß die Interessengemeinschaft denselben Preis auch ab Wagen festsetzen wird.
Wenn die Zahl der Wagen der Genossenschaft in Berlin nun auch nicht sonderlich groß ist, so wird den anderen Händlern doch eine unangenehme Konkurrenz entstehen.
Das Publikum hat aber schließlich nur das eine Interesse, nämlich dauernd mit guter Milch zu angemessenen Preisen versorgt zu werden.
Von diesem Gesichtspunkte aus liegt aber keine Veranlassung vor, dem Werben der Interessengemeinschaft Folge zu leisten.
Was nicht es den Berlinern, wenn sie auf einige Wochen oder gar Monate nur 15 Pfennig für die Milch zu zahlen brauchen, und wenn dann der Preis doch auf 25 oder 30 Pfennig erhöht wird, sobald die Agrarier ihre Gegner besiegt haben und den Preis diktiert können.

Daß ihr Bestreben dahin geht, ist am besten aus ihrem Antrage ersichtlich, der den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft zur gutachtlichen Äußerung vorlag, und der nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß die Regierung eine Einfuhrzoll auf Milch und Sahne legen soll.
Die Produzentenvereinigung treibt hier also ein Doppelspiel.
Auf der einen Seite unterbietet sie den gegenwärtigen Milchpreis, und auf der anderen schreitet sie nach einem Schutzoll zur Verteuerung dieses wichtigen Lebensmittels.
Wenn die Berliner Bürgerschaft auch keine Veranlassung hat, den Milchhändlern, die im allgemeinen recht gut auf ihre Kosten kommen, sonderliche Dienste zu leisten, so ist in dem vorliegenden Fall die Interessengemeinschaft der gemeinsame Feind, und ihr Verwerben muß abgewiesen werden.
In richtiger Erkenntnis der Dinge haben sich übrigens die Ältesten der Kaufmannschaft schon entschieden gegen den Milchzoll ausgesprochen, der zu einer Ausschaltung der freien Konkurrenz bei der Preisbildung führen müßte.

Alle diese Monopolbestrebungen sind darauf gerichtet, den Arbeitern ihren erkämpften Lohn zu nichte zu machen; wir haben daher doppelte Ursache, auf dem Posten zu sein.

Verammlung Remedur schaffen. Da dieselbe dieses Jahr stattfindet, soll in der nächsten Versammlung dieses auf die Tagesordnung kommen, um gegebenenfalls Anträge zu stellen. Ueber die Aufstellung eines Kandidaten waren sich die Kollegen nicht einig, ob wir einen Kandidaten aufstellen oder das Ergebnis von anderen Ortsvereinen abwarten sollen. Nach lebhafter Debatte einigten sich die Kollegen dahin, den Kollegen Hugo Kretl als Kandidaten aufzustellen. Der Vorstand wird beauftragt, dieses Ergebnis den einzelnen Ortsvereinen, welche zum Wahlkreis gehören, bekannt zu geben. Diese zwei Punkte der Tagesordnung waren sich demachen in

Verchiedenes verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Hauptvorstand über Arbeitlosigkeit, ermunternd zur Agitation. Es wurden dann noch einige innere Angelegenheiten geregelt. Zum Schluss erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, es dahin zu bringen, daß die Versammlungen besser besucht würden. Auch die anderen Vorstandsmitglieder schlossen sich diesem Wunsche an. Also, Kollegen von Schwelm, auf zur Versammlung und nicht geschlafen, es stehen ernste Zeiten bevor.  
Dr. Siebis.

Stolz. Am Sonnabend, den 31. Januar, hielt unser Ortsverein seine Mitgliederversammlung ab.

**Vorbereitung.**  
Zung ist ferngehalten nach Breslau (Stab-Goffmann-Werke).

Breslau. Zur Aussperrung in den Dinkel-Goffmann-Werken sei nur kurz bemerkt, daß es sich um keine Forderungen von Seiten der Arbeiterschaft gehandelt hat, sondern um Abzüge von den seit 15 Jahren bestehenden Akkordpreisen. Bei den Stemmern, Kernmachern und Formern sind die Abzüge bis zu 50 % gemacht worden. Dieselben sind bei der Direktion vorfällig geworden, die Ab-

**Vom christlichen Gewerkschaftsstreit.**

In Köln fand am 14. Februar eine Versammlung der katholischen Arbeiter der christlichen Gewerkschaften statt, welche sich mit den letzten Vorgängen über die Gewerkschaftsfrage befaßte und zu der Streitfrage Stellung nahm.

Aus den Ausführungen, die in der Versammlung von Seiten des Generalsekretärs Stegerwald gemacht wurden, dreht sich die ganze Streitfrage um die Zukunftsaussichten und Entwicklungsmöglichkeiten der christlichen Gewerkschaften. Daß diese nicht geheimt würde, daran seien gut zu erkennen nur das Zentrum, sondern auch Kirche und Staat interessiert.

Ferner handelte es sich darum, wie groß ist der Einfluß der kirchlichen Instanzen auf die christlichen Gewerkschaften in nicht rein kirchlichen Fragen.

Zu derselben Zeit tagte dann auch eine Bischofskonferenz, die folgende Erklärung veröffentlichte:

Die in Köln versammelten Bischöfe (Erzbischof von Köln, Bischof von Trier, Bischof von Osnabrück, Bischof von Hildesheim, Bischof von Paderborn, Bischof von Münster) haben an die Geistlichen ihrer Diözesen eine Rundgebung gerichtet, die die Grundsätze für die Haltung der Mitglieder der katholischen Arbeitervereine und der katholischen Arbeiter festlegt. Es wird in der von der K. B. J. veröffentlichten Rundgebung u. a. folgendes ausgesprochen:

Bei Beurteilung wirtschaftlicher Fragen und Verfolgung von Standesinteressen ist es Grundsatz der katholischen Kirche, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse Frage war und ist und bleibt. Auch bei denjenigen Angelegenheiten, die als „rein wirtschaftliche“ bezeichnet zu werden pflegen, werden oft sittliche Pflichten mit berührt, und werden sittlich-religiöse Interessen häufig sehr in Mitleidenschaft gezogen. (Arbeitsverträge, Arbeitsausstände, Arbeitserlaubnisse und von den bei denselben angewandten Mitteln u. dgl. m.) Die kirchliche Autorität, der Heilige Vater und die mit ihm vereinigten Bischöfe, ist zuständig und verpflichtet zur oberhirtlichen Verkündigung des gesamten Sittengesetzes, also auch der sittlichen Normen in Fragen vorgenannter Art, und müßig zur Aufsicht über die Haltung der Katholiken in dieser Hinsicht und zur Abwehr von Gefahren, die der sittlichen Auffassung und Haltung erwachsen können. Aus dieser Stellung des kirchlichen Hirtenamtes folgt dessen treue, autoritative Wachsamkeit über den Anschluß katholischer Christen an Vereinigungen zur Wahrung von Interessen, die religiöser und sittlicher Natur sind oder die und insoweit sie das religiöse und sittliche Gebiet berühren. Die aus solcher Wachsamkeit entspringenden Rundgebungen des kirchlichen Hirtenamtes nehmen alle treuen Katholiken mit demselben Gehorsam auf, den sie dem Hirtenamt selbst schulden, mögen diese Rundgebungen loben oder warnen, erlauben oder verbieten, ermuntern oder mahnen. Die Katholiken wissen, daß jeder Rundgebung die sorgsamste Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse vorausgeht, und daß es Pflicht wie des Hirtenamtes so jedes Mitgliedes der Kirche ist, stets die ewigen Interessen höher zu schätzen als die irdischen, stets aber auch das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Stände und Klassen desselben Vaterlandes nach Kräften zu fördern. Mit den aus der göttlichen Ordnung der Kirche sich ergebenden Bestimmungen der Ehrfurcht, der Liebe und des Gehorsams haben wir und alle treuen Katholiken mit uns insbesondere die päpstliche Enzyklika Singulari vom 24. September 1912 aufgenommen, die nach sorgfältiger Prüfung der Angelegenheit und nach

Einholung der gutachtlichen Äußerungen aller einzelnen deutschen Bischöfe erlassen worden ist. Daß die katholische Kirche nach den in dieser Enzyklika dargelegten Grundsätzen in erster Linie ihre Empfehlung und Förderung der rein katholischen Vereinen zuwenden muß, ergibt sich aus der dargelegten Aufgabe des kirchlichen Hirtenamtes. Vieten doch diese Vereine sowohl durch ihre Zusammenfassung und Satzungen wie durch ihren engeren Anschluß an die kirchliche Autorität am ehesten die Gewähr dafür, daß in den oben bezeichneten Fragen die katholischen Grundsätze voll zur Geltung kommen. Demgemäß wenden auch die Oberhirten der Diözesen Deutschlands ausnahmslos ihre Liebe und Unterstützung den katholischen Standesvereinen, insbesondere den katholischen Arbeitervereinen, zu. Ihnen die Jugend und die Erwachsenen zuzuführen, ist eine unserer ernstesten Sorgen und liebsten Pflichten. Wo diese katholischen Vereine jugendlicher und erwachsener blühen, da sehen wir getroßt in die Zukunft. Wo sie nicht in Blüte stehen, bangt uns um die Zukunft des katholischen Volkes. Kirche und Staat haben in ihnen treue Helfer im Schutze der gottgewollten Ordnung des privaten und öffentlichen Lebens. Wo katholische Arbeitervereine, die zugleich den gewerkschaftlichen Interessen der arbeitenden Klassen dienen, mit einem zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen genügenden Erfolge eingeführt sind oder friedlich eingeführt werden können, da wäre es in keiner Weise zu billigen, daß katholische Arbeiter sich interkonfessionellen Gewerkschaften anschließen. Wo dies nicht der Fall ist, hat der Heilige Stuhl in wohlwollender Berücksichtigung der örtlichen und der allgemeinen Verhältnisse die Duldung und Erlaubtheit der Mitgliedschaft von Katholiken zu den in Deutschland bestehenden christlichen Gewerkschaften unter jenen besonderen Vorbehalt auszusprechen, die der oben dargelegten Stellung und Pflicht des Hirtenamtes entsprechen und die daher jedem Katholiken als durch die Umstände geboten erscheinen müssen. Diese Vorbehalt sind vor allem folgende: In erster Stelle ist dafür zu sorgen, daß die katholischen Arbeiter, welche Mitglieder solcher Gewerkschaften sind, zugleich den katholischen Arbeitervereinen angehören. Ferner müssen die Gewerkschaften, damit die Katholiken ihnen beitreten können, von allem sich fern halten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und Geboten der Kirche, wie den Vorschriften der zuständigen kirchlichen Obrigkeit nicht in Einklang steht. Auch dürfen katholische Mitglieder, die den Gewerkschaften angehören, niemals zulassen, daß dieselben in der Sorge für die weltlichen Angelegenheiten ihrer Mitglieder durch Wort oder Tat sich irgendwie mit den vom obersten kirchlichen Lehramt verkündeten Vorschriften in Widerspruch setzen. Der Episkopat erkennt, daß dieselbe höchste Autorität, die solche Normen aufgestellt hat, zur authentischen Auslegung derselben allein zuständig ist. Für die Katholiken kann es nicht zweifelhaft sein, daß eine Organisation, deren Grundsätze sich in Widerspruch setzen würden mit dem Sittengesetze der katholischen Kirche, nicht für katholische Christen geeignet sein oder bleiben würde. Die Entscheidung darüber,

ob ein solcher Widerspruch eingetreten ist, hat der Heilige Stuhl sich vorbehalten, an den die Bischöfe zu berichten haben. Diese Frage soll daher nicht Gegenstand der Polemik seitens katholischer Kreise werden. Sonst ist es um den Frieden geschehen, dessen Erhaltung für die legendre Entwicklung und Betätigung der Kirche in Deutschland unerlässlich notwendig ist. Wir richten daher entsprechend der ausdrücklichen Befehl des Heiligen Vaters und in vollster Uebereinstimmung mit den Rundgebungen der heiliger Bischöfskonferenzen an alle katholischen Kreise die ernste und dringliche Mahnung, solche Polemik zu unterlassen. So wenig wir katholischen Vereinen und Blättern das Recht bestreiten, ihre berechtigten Interessen in sachlicher, maßvoller Sprache zu vertreten, ebenso bestimmt bestreiten wir ihre Zuständigkeit zur Beurteilung der vorgedachten tiefgreifenden Frage, und ebenso scharf verurteilen wir alle und jede Maßlosigkeit in Kritik und Angriffen. An die bei Fragen der oben bezeichneten Art beteiligten Katholiken unserer Diözesen, insbesondere an die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, ferner an die Vorstände und Mitglieder der katholischen Arbeitervereine richten wir die oberhirtliche Mahnung, für Beobachtung der oben dargelegten Grundsätze aus allen Kräften tätig zu sein, namentlich eifrig dahin zu wirken, daß die vom Heiligen Vater für die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften angeordneten Vorbehaltmaßnahmen gewissenhaft beobachtet werden.

Hierzu bemerkt die Rheinisch-Westfälische Zeitung: Die ganze Erklärung der Bischöfe, soweit sie die Erlaubtheit oder die Gefährlichkeit der christlichen Gewerkschaften berührt, ist nur eine weitgehende Umschreibung der Enzyklika. Sie unterscheidet aber noch scharfer, daß nur dort, wo rein katholische Vereine nicht eingeführt werden können, die christlichen Gewerkschaften bei Anwendung aller Desinfektionsmittel geduldet und erlaubt werden. Wo aber können rein katholische Vereine nicht gegründet werden? Die Möglichkeit besteht doch überall, und damit auch für jeden Oberhirten eine Handhabe den christlichen Gewerkschaften das Lebensrecht auszublasen. Die den christlichen Gewerkschaften angeblich innewohnende Gefährlichkeit ist ohnehin schon durch die Verpflichtung auf ein Mindestmaß reduziert, indem daß die katholischen Christlichen unbedingt auch einem rein katholischen Verein angehören müssen.

Wir vom Gewerkschaftsstandpunkt können diese Auseinandersetzungen nur bedauern, da sie tatsächlich nicht im Interesse der Arbeiter liegen, denn einer Gewerkschaft erwachsen heute ganz andere Aufgaben, als sich mit solchen Dingen zu befassen, unterlegt hat die Arbeiterschaft den Schaden davon. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, eine nationale, aber auch eine neutrale Arbeiterbewegung zu sein, deren Aufgabe es ist, die Arbeiterschaft aus geistlicher und materieller Not zu befreien.

**August Siefeld als Retter in der Not!**

In Nummer 5 der „Eiche“ haben wir den Verfasser Moldenhauer bei der Fa. Neustadt, Fr. Stargard, als einen billigen Agitator des Deutschen Holzarbeiterverbandes entlarven müssen. Zu diesem Artikel schreibt nun Herr August Siefeld, der Gauleiter des Deutschen Holzarbeiterverbandes, nach drei Wochen und nachdem er zuvor eine „feucht-fröhliche Konferenz“ im „D-Ruge“, am 3. Februar 1914, mit dem Bezirksführer Herrn Moldenhauer und seinem Bundesgenossen, dem Bevollmächtigten der Fr. Stargarder Zahlstelle, Herrn Fritz Kuzinski, abgehalten hat, eine Erwiderung, in Form einer Zahlstellennotiz in der Nummer 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“.

**Wie das Handwerk entstand.**

Von Dr. Wolff-Friedenau.

Diese Gelegenheit bot das sich entwickelnde Markt- und Gewerkschaften. Der Markt war ein Platz, an dem sich zu bestimmten Zeiten die Händler, die sich mit dem Verkauf der Waren aus anderen Gegenden oder auch aus fremden Ländern befaßten, zusammenfanden, um ihre Ware feilzubieten. Auf diesen Märkten suchte auch der Dorfvolk seine Erzeugnisse zu verkaufen, und in dem Maße, als die Märkte sich entwickelten und zu einer ständigen Einrichtung wurden, entwickelte sich auch der Verkauf der Erzeugnisse der gewerblichen Hofarbeiter wurde dieser ebenfalls zu einer ständigen Form des wirtschaftlichen Lebens. Gelaug es dem noch immer hingen Hofwerker, auf diese Weise ein gewisses Eigentum zu erwerben, so trat auch gleichzeitig eine gewisse Wandlung in seinem Verhältnis zu dem Ansehens ein. Der erwartete eigene Besitz gab ihm ein gewisses Ansehen, das auch der Großherr nicht unberücksichtigt lassen konnte, so daß sich im Laufe der Zeit des Abhängigkeitsverhältnisses des Hörigen zu dem Grundherrn darauf beschränkte, daß ersterer jenem ein bestimmtes Quantum Arbeitserzeugnisse lieferte, im übrigen aber als eigener Herr war, der als gewerblicher Arbeiter auf dem Hofe oder vielleicht nur noch in der Nähe des Hofes in eigener Werkstatt tätig war. Vielleicht aber konnte er sich auch durch eine einmalige größere Abrechnungsgeldung völlig aus der Hörigkeit

loskaufen; dann war er, wirtschaftlich wenigstens, sein eigener Herr und konnte arbeiten und erwerben wieviel er wollte. Mancher wurde so durch Verkauf frei, mancher wurde auch die Freiheit geschenkt. Es entstand eine Klasse freier gewerblicher Arbeiter, die teils als Lohnwerker tätig waren, teils die Gebrauchserzeugnisse ihrer Art auf dem Markt verkauften. Der Markt erhielt eine immer steigende Bedeutung nicht nur im wirtschaftlichen, sondern im gesamten sozialen Leben überhaupt. Nachdem aus dem ursprünglich in gänzlich unbestimmten Zeiträumen und nur in kleinem Umfange abgehaltenen Märkten regelmäßige Jahrmärkte, dann Vierteljahrmärkte und Wochenmärkte geworden waren, siedelten sich auf dem Marktplatz allmählich zahlreiche Elemente, die alle auf dem Markte Verdienst suchten und fanden, zur regelmäßigen Niederlassung an. Es entstand so ein Gemeinwesen, das, seiner großen Bedeutung für das Wirtschaftsleben wegen, mit mancherlei Vorrechten bedacht wurden und sich unter dem Schutze der Obrigkeit kräftig entwickelte und als Stadt ein selbständiger Teil des Staatskörpers im Gegensatz zu den ländlichen Fronhöfen wurde. Aus dem Markte wurde allmählich die Stadt. Die Entstehung der Städte aber war von tief eingreifender Wirkung auf das gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Leben. Die Stadt wurde zum Sammelpunkt für alle wirtschaftlichen Elemente, die mit ihrer Tätigkeit zur landwirtschaftlichen Tätigkeit der Fronhöfe im Gegensatz standen, also in erster Linie der Händler, der maßhaltenden Kaufleute, die die erste

Klasse des sich entwickelnden Städtewesens wurden, dann aber auch der freien gewerblichen Arbeiter, die, ehemals in dem Frondienst des Hofes tätig, in der Stadt das geeignetste Feld zur Verwertung ihrer Arbeitskraft und zum vorteilhaftesten Verkauf ihrer Erzeugnisse fanden und als freie und vollberechtigte Bürger von der Stadt willkommen geheißen wurden. Aber auch hörige Handwerker, die eigenmächtig Abschied von dem Frondienste genommen hatten, suchten und fanden Zuflucht in der Stadt, wo sie, wenn sie ein Jahr lang gelebt hatten, ohne von ihrem Herrn zurückgefordert zu sein, frei wurden gleich ihren übrigen Berufsgenossen und allen übrigen Stadtbewohnern. Die freie gewerbliche Arbeit zog in die Stadt ein. Mit seiner Anerkennung als freier Bürger war der ehemals hörige Arbeiter zum selbständigen Handwerker geworden, mit der Entstehung der Städte im 11. und 12. Jahrhundert war das freie Handwerk entstanden. So wurde die Stadt der Schauplatz der Entstehung des Handwerks, dem das städtische Gemeinwesen einen weiten Markt zum Absatz seiner Erzeugnisse und damit ein fruchtbares Feld seiner wirtschaftlichen und gewerblichen Betätigung und Entwicklung bot. Mit der Organisation in Zünfte, Innungen oder Gilden, die sehr bald nach dem Einzuge des Handwerks in die Städte erfolgte, vollzog dieses dann den Schlußakt seiner Entstehung und schuf es sich zugleich die Grundlage einer fruchtbareren Weiterentwicklung, die dann zu der nie wieder erreichten Blüte des Handwerks während des 13. bis 16. Jahrhunderts führte.

erschient wochentlich einmal: Freitags. Muzigen: Die (Ausgabe) Postzeitung 40 Pf. Nur die Ortsvereine 10 Pf. Im Abonnement nach Vereinbarung. Schluss der Redaktion: Dienstag Mittag.

# Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1,- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Eingetragen in der Post-Zeitungsprezisse. Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/222.

Zunächst beschäftigt er sich in dieser Notiz mit unserem Bezirksleiter Wroczykowski und versucht, diesen als den Autor des umfangreichen Artikels hinzustellen. Dieses nehmen wir ihm nicht übel. Wenn aber Herr Sidfeld, dem der geschilderte Sachverhalt in der „Eiche“ selbst bekannt ist, diesen nun so hinzustellen versucht, als wäre derselbe nur von unserem Bezirksleiter erdacht, so muß man sich ganz unwillkürlich fragen, ist der Gauleiter August Sidfeld Vertreter der Arbeiter — oder des Herrn Werksführers Moldenhauer?

Sidfeld wirft unserem Bezirksleiter Verdrehungskunst vor, um so die Leser über den wahren und klaren Sachverhalt hinwegzutäuschen. Auf den eigentlichen Sachverhalt geht er so wenig als nur möglich ein. Er findet auch keine Worte zu dem Vorwurf, den wir dem Deutschen Holzarbeiterverbande, wegen der Forderung der Reserven gemacht haben, wo auf diese Art die Löhne gedrückt und das Treiben des Herrn Werksführers indirekt unterstützt wird.

Nur eins findet auch Sidfeld selbst für unerhörte, nämlich den ausgeübten Terrorismus des Herrn Werksführers auf andere Organisierte. Hierzu sagt Sidfeld in seiner Zeitung folgendes:

„Aber der Werksführer hat es ihm (Wroczykowski) angetan. Er soll lagenweise Bier ausgegeben haben, um die Hirsche zum Uebertritt in den Holzarbeiterverband zu bewegen. Seine Verführungskünste seien aber an der Standhaftigkeit der Hirsche gescheitert. Das ist allerdings ein unerhörter Vorgang, so unerhörte, daß wir an seiner Richtigkeit zweifeln, zumal er von Wladislaus Wroczykowski erzählt wird.“

Trotzdem dieser Vorgang dem Sidfeld ganz genau bekannt ist, so versucht er diesen unerhörten „Judasdiener“ noch ins lächerliche zu ziehen. Zum Beweise teilen wir aber mit, daß das lagenweise Bier in der Speisewirtschaft des Herrn Jähnisch in der Friebrichstr. ausgegeben und getrunken wurde. Dort wurde auch der Versuch gemacht, den Polkerer „H.“ zum Uebertritt in den Deutschen Holzarbeiterverband zu bewegen, und zwar vom Werksführer Moldenhauer. Moldenhauer selbst bestreitet dieses nicht. Unser Kollege hat das an ihm gestellte Ansuchen aufs Entschiedenste abgelehnt und war standhaft. Aber da er sich nicht als ein willfähriges Werkzeug erwies, schwor ihm der Werksmeister Rache. An seiner Arbeit war nichts zu tadeln und so suchte Herr Moldenhauer nach einer Gelegenheit, bis er sie richtig fand; er zog diesem Kollegen einfach pro Beistellung 10 Pf. ab. Diesen Abzug ließ der Kollege sich nicht gefallen, es blieb ihm dann nichts weiter übrig, den Betrieb und den Terroristen Moldenhauer zu verlassen. Als Arbeiter muß man sich wundern, wie es möglich ist, daß ein Führer des Deutschen Holzarbeiterverbandes solch einen Mann noch Hilfe leisten kann.

Werksführer Moldenhauer drückt die Preise immer weiter runter. Aus diesem Anlaß fand am 3. Februar c. eine Betriebsversammlung statt, in der verschiedene Klagen und Differenzen besprochen wurden.

Zuerst führten die Drechsler darüber Klage, daß Moldenhauer von den Drechslern nur weiße Arbeit verlangt und für diese nur die Hälfte des vereinbarten Preises zahlen will. Zum Polkeren dieser Arbeiten sollte eine billige Kraft angelernt werden. Der Drechsler Rehner, Mitglied vom Deutschen Holzarbeiterverband, wurde von Dangel nach V. Stargard vermittelt. Als Rehner bei seinem Eintreffen aber den Preis für die weiße Arbeit von Herrn Moldenhauer erfahren hatte, erklärte er, daß der angebotene Preis zu gering sei. Moldenhauer sagte darauf: „Wenn Sie nicht wollen, dann haben wir andere Drechsler genügend auf Lager, die es gern tun werden; wir haben noch ein ganzes Pack Angebote für diese Stelle zur Verfügung. Rehner war es bekannt, daß in der Holzarbeiter-Zeitung Nr. 5 ein Inserat gestanden hatte, wo ein Drechsler auf Massenartikel von dieser Firma gesucht wurde, und bis somit in den sauren Apfel und nahm die Arbeit an; aber nur aus dem Grunde, weil er schon einige Wochen arbeitslos gewesen ist. Nun sollten auch die beiden anderen Drechsler zu denselben Bedingungen weisdrehen. Diese Kollegen lehnten aber das an sie gestellte Ansuchen aufs Entschiedenste ab. Die Drechsler haben unseren Bezirksleiter Wroczykowski, der an dieser Versammlung teilgenommen hatte, er möchte am anderen Tage bei der Firma vorstellig werden und die Preise regeln. Diesem Wunsche ist Wroczykowski nachgekommen und in Gegenwart der Drechsler und mit ihrer Zustimmung wurde der Gesamtpreis auseinandergezogen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch noch andere Differenzen erledigt.“

Am Schluß der Verhandlung wunderte sich der Herr Werksmeister Moldenhauer darüber, daß der Chef der Firma, Herr Neustadt, mit Wroczykowski überhaupt verhandelt hat. Er sagte: „Wenn es nach ihm ginge, dann flog der Bezirksleiter Wroczykowski zum Fabrikator hinaus.“ (Genau so hat es der Herr Werksführer Moldenhauer selbst mit dem Gauleiter August Sidfeld vom Deutschen Holzarbeiterverband in St. Bartlessee bei Bromberg gemacht.) — Unser Bezirksleiter blieb diesem „Helden“ die Antwort nicht schuldig und sagte: „Wenn Sie den Gauleiter Sidfeld schon einmal hinausgeworfen haben, na — dann kommt es ja auch darauf nicht an, wenn auch ich einmal hinausgeworfen werde; denn Sie scheinen auf solche Seditanten stolz zu sein.“

Werksführer Moldenhauer treibt aber sein Spiel mit den Leuten immer noch weiter, aber zweifelhafte! Die Reserven scheinen bei ihm noch so groß zu sein, daß er sich jeden Luxus leisten kann. Denn jetzt werden auch seine Diebstahle entfernt, so wie sie es wagen, nur aufzumachen. Die Leute aus Lindenwalde sind schon lange fort. Die Leute haben nach seiner Ansicht nichts verstanden. Der Kassierer Dittmann, vom Deutschen Holzarbeiterverband, ist wegen zu großer Agitation entlassen worden. Der Maschinenmeister Drusdowski, Mitglied des D.-H., wurde entlassen, weil er zu seinen Kollegen gesagt haben soll, daß der Lohn der Maschinenarbeiter zu niedrig sei. Also, Herr Moldenhauer kann auch so.

Nun noch ein kleines Nachspiel, welches sich nach der „feucht-fröhlichen Konferenz“ am 8. Februar er. die mit Herrn Sidfeld abgehalten wurde, abgespielt hat. Herr Werksführer Moldenhauer hat am genannten Tage um 1/2 12 Uhr vormittags mit dem Bevollmächtigten des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Fritz August, gemeinsam den Betrieb verlassen. Wie wir erfahren haben, sind sie um diese Zeit zur Konferenz des Herrn Sidfeld gegangen. Herr Moldenhauer kam gegen 5 Uhr nachmittags zurück, aber zu unserem größten Erstaunen nicht allein; er hatte sich einen ganz gehörigen „Affen“ mitgebracht. In dieser Verfassung wollte er dem Maschinenarbeiter Drusdowski seine Arbeiten kritisieren und sagte dabei: „Mann, wie können sie nur solche Arbeit machen, sie sind besoffen; sie erhalten von heute ab 2 Pf. an Stundenlohn weniger!“ Den Rest der Arbeitszeit an diesem Tage verbrauchte Herr Moldenhauer zu akrobatischen Übungen. So sieht das wahre Verhalten eines „richtigen“ Werksführers aus. Und für solch einen Mann werden die Spalten der Holzarbeiter-Zeitung zur Verfügung gestellt und Herr Sidfeld als Gauleiter und Arbeiterführer gibt sich her, auf Bestellung des Herrn Moldenhauer eine Abwehnsnotiz zu schreiben.

Wahrlich, Herr Sidfeld, diesmal haben Sie Ihrem Verbands einen schlechten Dienst geleistet. Nun können Sie ja wieder Ihre „Teufelslogik“ entfalten und von neuem sich als Ketter in der Not für Herrn Moldenhauer aufspielen. Und als Dank wirft Herr Moldenhauer Sie wieder zum Fabrikator hinaus.

## ■ Rundschau. ■

Die Wahlen zu den Versicherungsämtern. Die Krankenkassenwahlen sind jetzt im allgemeinen vorbei, obwohl einzelne Kassen immer noch nachkappern. Nun werden in den Monaten März und April die Wahlen zu den Versicherungsämtern vorgenommen. Die ersten Wahlausweisungen sind schon ausgegangen. In Leipzig muß bis zum 17. Februar die Liste bereits eingereicht werden und Wahlen sind Mitte März. In allen andern Bundesstaaten wird es ähnlich so sein. Die Wahlen zum Versicherungsamt werden getätigt von den Vorstand und Mitgliedern der Krankenkassen und zwar aller Krankenkassen, einschl. der Ersatzkassen. Als Vertreter am Versicherungsamt können solche Leute nicht gewählt werden, die bereits Weisiger am Oberlandes- oder Reichsversicherungsamt sind. Dagegen können Mitglieder des Ausschusses oder Vorstandes einer Krankenkasse gewählt werden. Jedes Kassenvorstandsmitglied der Arbeitnehmer oder Unternehmer hat bei der Wahl so viel Stimmen, als Kassenmitglieder auf das einzelne Vorstandsmitglied entfallen. Bei einer Kasse mit 60000 Mitgliedern, die 10 Arbeitnehmer-Vorstandsmitglieder hat, vertritt jedes Vorstandsmitglied 6000 Stimmen. Die notwendigen Einzelheiten über die Wahl enthält die im Verlage der „Wacht“ erschienene Schrift: „Die Wahlen zur Arbeiterversicherung.“ Preis 15 pfennig. Die Wahlen müssen schleunigst in der dort vorgeschlagenen Weise vorbereitet werden.

Ein Besuch englischer Arbeiter und Angestellter findet, wie wir bereits meldeten, vom 19. bis 22. Mai in Berlin statt. Es handelt sich um etwa 100 Schüler der National Council of Adult Schools, d. h. der „Schule für Erwachsene“, einer Bewegung, die führende Mitglieder aller britischen Parteien zu Mitarbeitern und Förderern hat. Der Zweck dieses Besuchs wie auch früherer, ist die Anknüpfung persönlicher und geistiger Bande zwischen den Arbeitern und Angestellten der beiden großen germanischen Völker. Erleichtert wird dies durch die Unterbringung der Besucher in Berliner Familien. Zur Beschaffung von Quartieren sowie überhaupt zur Vorbereitung und Durchführung des Besuchsprogramms ist ein aus fast allen Groß-Berliner Arbeiter- und Angestelltenverbänden und Privatpersonen bestehender Ausschuss gebildet. Auch die deutschen Gewerkschaften sind durch die soziale Kommission in diesem Ausschuss vertreten und auch wir werden nach Kräften zum Gelingen dieser Kulturveranstaltung beitragen. Dazu ist natürlich auch die Hilfe unserer Mitglieder erforderlich. An die Ortsvereine sind bereits Formulare zur Anmeldung von Quartieren ausgegeben. Weitere Formulare stehen beim Kollegen Eduard Jordan, Greifswalder Straße 221-223, zur Verfügung. Späterer Anmeldetermin ist der 25. Februar.

Zur Nachlieferung empfohlen. In Freiburg wurde unser Kollege Heinrich Nieß vom Gewerbeverein der Holzarbeiter zum Stadtverordneten gewählt. (Bravo!)

Der Ausschuss des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise trat am 13. und 14. d. M. unter Vorsitz des Landesrats Dr. Freund-Berlin im großen Sitzungssaal der Landesversicherungsanstalt Berlin zu einer Vollversammlung zusammen. Als Vertreter des Staatssekretärs des Innern nahm an den Verhandlungen Geheimrat Oberregierungsrat Landmann teil. Vertreten waren sämtliche preussischen Arbeitsnachweiseverbände, ferner Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hamburg und die thüringischen Staaten. Als besonders wichtige Beschlüsse sind folgende hervorzuheben:

Der Verband der Arbeitsnachweise wird sich in einen Verband der Arbeitsnachweiseverbände umwandeln. Bezüglich des Verhaltens der öffentlichen Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen hat der Ausschuss seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß über Streiks und Aussperrungen der Arbeitsnachweise entweder keinerlei Mitteilungen gemacht, oder daß solche Mitteilungen gleichmäßig sowohl an die Arbeitnehmenden als an die Arbeitgeber erfolgen müssen.

Für die Verwaltung öffentlicher Facharbeitsnachweise einigte man sich auf folgende Grundsätze: Die Kosten der Facharbeitsnachweise sollen in der Regel dem Träger der öffentlichen Arbeitsnachweise (Kommunen, Vereine) zur Last fallen. Die Vermittlung hat in streng unparteilicher Weise zu erfolgen, eine Bevorzugung organisierter Arbeiterdarf nicht stattfinden. Die Anstellung und Befolgung der Beamten der Facharbeitsnachweise geschieht durch den Träger der öffentlichen Arbeitsnachweise, dessen Aufsicht die Beamten unterliegen und dessen Anordnungen sie zu befolgen haben.

Der nächste deutsche Arbeitsnachweiskongress findet in der ersten Hälfte des Oktober in Stuttgart statt.

Eine bössartige Verleumdung. Von einem Streikbruch des Gewerbevereins der Schuhmacher und Lederarbeiter weiß der „Vorwärts“ in seiner Mittwochnummer wieder einmal zu berichten. Das schreckliche Vergehen soll sich bei der Firma Schach in Berlin abgespielt haben. Die Firma Schach ist einer derjenigen Betriebe, welche der Zentralverband der Schuhmacher seit Jahren für sich in Erbpacht zu haben glaubte. Alle Gewerksvereine, die dorthin vermittelt wurden, hatten entweder ihren Uebertritt zu erklären, oder sie wurden so lange drangsaliert, bis sie den Betrieb verlassen mußten.

Am 2. Februar kam es hier wegen einer Differenz, die durch Einführung einer Rappenschärfmaschine bei den Zwidern entstanden war, zum Streik. Auch die zwei Gewerksvereine, die erst vier Tage dort beschäftigt waren, legten die Arbeit nieder, trotzdem sie an der Differenz direkt nicht beteiligt waren. In einer Konferenz am 6. Februar wurde festgestellt, daß außer mehreren andern Arbeitswilligen auch ein Mitglied des Zentralverbandes weiter arbeitete, und nicht nur seine ständige, sondern auch Arbeit der Streikenden verrichtete. Der Ortsbeamte Hamann deckte dieses laubere Handwerk mit der Erklärung, daß der Mann Kündigung habe. Die Kündigung wurde aber nicht vollzogen, trotzdem seine Genossen schon eine Woche im Kampfe standen.

In einer Verhandlung am 9. Februar mit dem Verein Berliner Schuhfabrikanten wurden zur Beilegung der Differenzen Lohnzugebändnisse gemacht. Zur Frage der Wiedereinstellung erklärten die Arbeitgeber, nachdem alle Arbeiter entlassen seien, solle es der Firma Schach überlassen bleiben, wen sie wieder einstelle. Der Vertreter des Gewerbevereins verlangte von Herrn Schach Aufklärung, weshalb vor dem Streik 9 Arbeiter, die der Firma vermittelt worden waren, wieder entlassen wurden. Herr Schach erklärte, daß er keinen entlassen habe; sie seien alle zu ihm gekommen und hätten die Papiere verlangt mit der Begründung, daß es unter der Behandlung der Verbändler kein Mensch aushalten könne. Er selbst sei von den dortigen Mitgliedern des Zentralverbandes ermahnt worden, er solle nur vom Zentralverband Arbeiter begehren, denn vom Arbeitsnachweis des Gewerbevereins bekomme er nur Suchthäuser und Lohschläger. Zur Rede gestellt, erklärte der Ortsbeamte Hamann, der Gewerbeverein und sein Nachweis würden seitens des Zentralverbandes genau so und mit denselben Mitteln bekämpft und gesperrt, wie jeder bestreikte Arbeitgeber. Also mit andern Worten: Eine Vermittlung von Arbeitern durch den Gewerbeverein dulden wir in den Berliner Schuhfabriken nicht, und damit wir das siegreich durchzuführen können, hat der Gewerbeverein uns solidarisch zu unterstützen, sonst schimpfen wir ihn Streikbrecher. Daß wir diesen Selbstmord nicht nur bei der Firma Schach, sondern auch für alle kommenden Fälle so lange ablehnen, bis der Zentralverband die Sperre gegen unsern Nachweis aufhebt, haben wir offen erklärt. Den angeblichen großen Sieg bei der Firma Schach können wir den „Vorwärts“ ruhig im Wuche der Erfolge verewigen lassen. Er besteht darin, daß durch das verwerfliche Streben der Führer der sogenannten Freien nach Alleinhererschaft von 28 Arbeitern 12 draußen bleiben

Verammlung Remedur schaffen. Da dieselbe dieses Jahr stattfinden, soll in der nächsten Verammlung dieses auf die Tagesordnung kommen, um gegebenenfalls Anträge zu stellen. Ueber die Aufstellung eines Kandidaten waren sich die Kollegen nicht einig, ob wir einen Kandidaten aufstellen oder das Ergebnis von anderen Ortsvereinen abwarten sollen. Nach lebhafter Debatte einigten sich die Kollegen dahin, den Kollegen Hugo Kretz als Kandidaten aufzustellen. Der Vorstand wird beauftragt, dieses Ergebnis den einzelnen Ortsvereinen, welche zum Wahlkreis gehören, bekannt zu geben. Diese zwei Punkte der Tagesordnung waren sich hermachen in

verschiedenes verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Hauptvorstand über Arbeitlosigkeit, ermunternd zur Agitation. Es wurden dann noch einige innere Angelegenheiten geregelt. Zum Schluss ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, es dahin zu bringen, daß die Verammlungen besser besucht würden. Auch die anderen Vorstandsmitglieder schlossen sich diesem Wunsche an. Also, Kollegen von Schwelm, auf zur Verammlung und nicht geschlafen, es stehen ernste Zeiten bevor. Dr. Siebis.

Stolz. Am Sonnabend, den 31. Januar, hielt unser Ortsverein seine Mitgliederverammlung ab.

**Lohnbewegung.**  
Zwang ist fernzuhalten nach Breslau (Stinkhoffmann-Werke).

Breslau. Zur Aussperrung in den Stinkhoffmann-Werken sei nur kurz bemerkt, daß es sich um keine Forderungen von Seiten der Arbeiter handelt, sondern um Abzüge von den seit 15 Jahren bestehenden Akkordpreisen. Bei den Stemmern, Ferrmachern und Formern sind die Abzüge bis zu 50% gemacht worden. Dieselben sind bei der Direktion vorstellig geworden, die Ab-

missen. Daß dieselben mit diesem Treiben nicht einverstanden sind, haben sie persönlich im Bureau des Gewerksvereins erklärt. Aber der „Vorwärts“ muß es als einen Sieg verkünden und den Gewerksverein beschuldigen, damit der gefährdete Strategie Hamann nicht strauchelt.

Aus der Praxis einer Versicherungsgesellschaft wird dem „Berliner Tageblatt“ ein merkwürdiger und für die Allgemeinheit der Versicherten wenig erfreulicher Vorgang mitgeteilt. Die „Wilhelma“ in Magdeburg, Subdirektion Berlin, schreibt unterm 18. Januar dieses Jahres einem Versicherungsnehmer, welcher vierzig Jahre lang Prämien gezahlt hat, folgendes:

„Hierdurch nehmen wir Veranlassung, Ihre durch Polze Nr. 726 geschlossene Unfallversicherung zum 4. April 1914, mittags 12 Uhr, zu kündigen.

Wir bemerken ergebenst, daß unsere Gesellschaft zur Verlängerung der Versicherung wegen Ihres vorgeschrittenen Lebensalters zu Ihrem Bedauern nicht imstande ist. Erfahrungsgemäß erhöht sich mit zunehmendem Alter das Unfallrisiko, auch sind die Unfallfolgen bei Personen höheren Alters regelmäßig schwererer Natur, so daß selbst gegen Berechnung höherer Prämie das Risiko nicht mehr getragen werden kann.

Hochachtungsvoll  
gez. „Wilhelma“ in Magdeburg,  
Allgemeine Versicherungsaktiengesellschaft,  
Subdirektion Berlin I.“

Daß das Unfallrisiko sich mit zunehmendem Alter erhöht mag rechnerisch zutreffend sein. Deswegen aber gerade jetzt ein Versicherungsnehmer sein ganzes Leben lang die Prämie, um in der Zeit, wo ihm erfahrungsgemäß am ehesten ein Unfall zustoßt, gegen die wirtschaftlichen Folgen eines solchen geschützt zu sein, und für die bisherigen Leistungen auch auf Gegenleistungen rechnen zu können. Wenn nun noch nach vierzigjähriger Dauer des Versicherungsvertrages eine Versicherungsgesellschaft einseitig und ohne Entschädigungsleistung vom Vertrage zurücktreten kann, so liegt darin eine Härte, gegen die der Versicherte geschützt werden sollte. Gestattet das Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag eine derartige Praxis der Versicherungsgesellschaften, so scheint eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen doch wohl geboten. Denn hier zeigt sich ein krasser Gegensatz zu der allgemeinen und berechtigten Tendenz unserer Zeit, wie sie besonders in der sozialen Versicherung zum Ausdruck kommt, den Menschen in seinem Alter gegen Schädigungen und Gefahren zu schützen, indem man ihn sein ganzes Leben lang Vorkehrungen dagegen treffen läßt.

Keine Verurteilung im Kölner Gewerkschaftsprozess. Rechtsanwält Schreiber hat im Auftrage der christlichen Gewerkschaften die Verurteilung, die in dem bekannten Gewerkschaftsprozess eingelegt wurde, zurückgezogen. Es handelt sich um den aufsehenerregenden Prozess, welcher vom 17. bis 20. Dezember in Köln gegen eine Anzahl sozialistischer und gewerkschaftlicher Zeitungen, u. a. gegen die „Vergewaltigung“ und gegen die in Köln erscheinende „Arbeiterzeitung“ stattgefunden hat. Das Urteil lautete damals auf 50 bis 500 Mark, je nach Schwere der gebrauchten Ausdrücke. Die Angeklagten hatten keine Verurteilung eingelegt.

**Lohnbewegung.**  
Zwang ist fernzuhalten nach Breslau (Stinkhoffmann-Werke).

**Empfehlenswerte Schriften für die Bibliotheken unserer Ortsvereine.**

Goldschmidt: Die Deutschen Gewerkschaften	0,50
Weltanschauung und Arbeiterbewegung	0,10
Vereinsrecht für das Deutsche Reich	0,30
Die Krankenversicherung 1912	0,30
R. Goldschmidt u. R. Hahn: Festschrift zum 70. Geburtstag Dr. Max Pirisch	0,10
Leitfaden zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Pirisch	0,30
Erkelens: Die freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung	1,00
Arbeiterkatechismus	1,00
Gewerbevertragskatechismus	0,40
Die Unfallversicherung 1912	0,30
Was ist sozial?	0,10
Erkelens u. Kopp: Die Arbeiterfrage	0,10
Levin: Die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung	0,30
Fleisch: Reform des Arbeitsrechts	0,30
Elster: Lexikon des Arbeitsrechts	4,80
Blodt: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung	1,00
Geschichte des Koalitionsrechts	0,15
Die Deutschen Gewerkschaften	0,15
Geschichte der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften	0,15
Die christlichen Gewerkschaften	0,15
Bartholt: Arbeiter und Politik	0,15
Arbeiter und Organisation	0,15
Die Deutschen Gewerkschaften im Strom des öffentlichen Lebens	0,10
Fischer: Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung	0,20
Was heißt politische Arbeit?	0,15
Die Sozialdemokratie, ihre Grundlagen und ihre Arbeit	1,00
Arbeiterkatechismus	1,20

**Die 6. Generalversammlung**

der Zucht- und Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands, Einzugsr. Hilfskasse Nr. 121, wird hiermit für den 11. Juni 1914 vorm. 9 Uhr, nach Berlin einberufen. Die Verhandlungen finden im Verbandsbureau, Greifswalder Str. 221/223, statt. Nach den Bestimmungen des Statuts besteht die Generalversammlung aus 20 Abgeordneten, welche von den Mitgliedern der Klasse zu wählen sind.

**Die Wahl**

der Abgeordneten erfolgt am Sonnabend, den 2. Mai. Für diesen Tag ist die Wahlversammlung einzuberufen. Die Wahl darf höchstens 2 Stunden — von dem Zeitpunkt an gerechnet, wo der Versammlungsleiter den Wahlakt für eröffnet erklärt — dauern. Jedes wahlberechtigte Mitglied hat nur eine Stimme. Diese ist auf andere nicht übertragbar.

Die Stimmzettel sowie das Wahlprotokoll sind bis zum 7. Mai 1914 an den Hauptrevisor A. Günther in Berlin O 112, Rigaer Straße 50/51, zu senden. Spätere Einwendungen werden nicht mitgerechnet.

**Anträge**

Zur Generalversammlung müssen spätestens am 9. April 1914 in Händen des Bureaus sein. Später eingehende Anträge können keine Aufnahme in die Tagesordnung finden. Jeder Antrag ist auf einen besonderen Zettel zu schreiben; die Begründung des Antrages ist diesem als Fußnote anzufügen. Die Rückseite des Bogens, auf dem der Antrag geschrieben ist, muß unbeschrieben sein. Der Name der den Antrag stellenden Verwaltungsstelle muß am Kopfe stehen, damit keine Verwechslungen vorkommen. Auch ist nicht zu vergessen, die Paragraphen des Statuts anzuführen, auf welche der Antrag Bezug hat.

Der Vorstand.

**An die Ortsvereine.**

Wir ersuchen diejenigen Ortsvereine, die bis heute das Inventar- und Bibliothek-Verzeichnis noch nicht eingesandt haben, dieses umgehend nachzuholen. Soweit dieses bis zum 3. März 1914 nicht geschähen ist, werden die fehlenden Ortsvereine in der „Eiche“ bekannt gemacht.

Der Hauptvorstand.

**Bekanntmachung der Sterbekasse des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands.**

Die Vertrauensleute für die Sterbekasse werden ersucht, darauf zu achten, daß die Aufnahmekarten gewissenhaft ausgefüllt und die Fragen auf der Rückseite richtig beantwortet werden.

Seit Inkrafttreten des Nachtrages, d. h. seit Einführung der höheren Stufen, vergeht kein Tag, wo nicht Aufnahmekarten eingehen, die in jeder Beziehung unvollständig ausgefüllt sind. Da die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung erfolgt, müssen wir diese Karten alle zurücksenden; dadurch entsteht unnützes Porto und Verzögerung in der Aufnahme. Vielfach kommt es auch vor, daß die Kassierer mitteilen, dieses oder jenes Mitglied will sich höher versichern; das genügt nicht. Bei jeder Höherversicherung muß eine neue Aufnahmekarte ausgefüllt werden, dieselbe muß außer dem Vorgenannten den Vermerk enthalten: „höher versichert“. Auf allen Aufnahmekarten für die Sterbekasse, ganz gleich ob Neuaufnahmen oder Höherversicherungen, muß die Buchnummer des Mitgliedes angegeben werden.

Zum Schluß sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Höherversicherung für diejenigen Kollegen, welche über 40 Jahre (und nicht mehr wie 45 Jahre) alt sind, nur bis zum 1. März 1914 dauert.

Der Vorstand.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 9. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

**Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.**

Sonnabend, den 28. Februar 1914: Bezirk Nord und Bautzener. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung.

Sonnabend, den 7. März 1914: Bezirk Ost und Köpenicker. Abds. 8 1/2 Uhr, Köpenicker. 65, Bezirksversammlung. Rodell- und Fabrikarbeiter. Abds. 8 Uhr, b. Schröder, Sietziner Str. 50, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Boltschläger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Gerecht, Berlinische Straße 1, Bahlabend. Bezirk Weichensee. Abds. 8 1/2 Uhr, Sebanstr. 19, Ecke Tischstr., b. Wiedowild, Bahlabend.

Mittwoch, den 11. März 1914: Bezirk Nord und Bautzener. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Vertrauensmännerversammlung.

Bolzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegen die grauen Karten für das Kaiserliche Statistische Amt bei. Um pünktliche und vollzählige Einsendung derselben wird besonders ersucht.

**Anzeigen.**

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

**Ortsverein Neukölln.**

Sonnabend, den 28. Februar 1914, b. Krause, Hermannstr. 199.

**Versammlung.**

Bolzähliger Ercheinern erwartet. Der Ausschuss.

**Möbel**

Komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie Schlafzimmer und Küchen in billiger, guter Ausführung.

**M. Nicklai**

Berlin, Thierstr. 47  
1 Treppe (kein Laden)  
nahe Ballenplatz.

Freizeitschriften Mitglied des Gewerksvereins der Holzarbeiter H.-D.

**Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine H.-D. Gross-Berlin.**

Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr, im Verbandsbureau, Greifswalder Str. 221/23 (großer Saal):

**Grosser Vortragsabend.**

„Die Heimarbeit in der Spielwarenindustrie.“

Referent: M. Schumacher-Berlin.

Der Vortrag wird durch eine reichhaltige Ausstellung von Wirtschafts- und Spielgegenständen wirksam demonstriert.

Eintritt frei.

Der Vorstand.

**Französisch Englisch Italienisch**

Obt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden, mit Beihilfe einer französischen, englischen oder italienischen Zeitung. Dazu eignen sich ganz besonders die vorzüglich redigierten u. bestempfohlenen zweisprachigen Lehr- und Unterhaltungsblätter

Le Traducteur The Translator Il Traduttore

Probekosten für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

**Berufsorganisation — Staatsbürgerpflicht**

Der klar denkende Arbeiter und Angestellte erfüllt beide Pflichten, braucht beide Wahlen zu seiner wirtschaftlichen und politischen Befreiung. Er leidet und unterstützt deshalb auch

**„Die Wacht“**

Wachenschrift der liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Schriftleitung: Arbeitersekretär Ant. Erkelens.

Man bestellt bei der Post zum Preise von 75 Pfg. vierteljährlich oder beim Verlag L. Münz-Magdeburg, Katharinenstrasse 2-3.

**Der Arbeitsnachweis des Ortsv. der Holzarbeiter zu Spandau**

befindet sich Wolltestraße 6, „Rehau“, zum Türlichen Bell. Fernsprecher Nr. 659.

Essen-Ruhr. Durchreisende Kollegen erhalten vom hiesigen Ortsverband Abendbrot, Nachtlöge u. Koffertkaffee. Die Verpflegungsarten werden nicht mehr auf dem Gewerksvereinsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgeteilt.

**Tüchtige Tischlergesellen**

auf bessere Möbel stellt ein Husumer Möbelfabrik, Husum.